

Abg. Bebebour (unabh. Soz.): Wer hat das Aufsiedlungswerk in Rumänien kommandiert? Die Oberste Heeresleitung. Das ist ein Eingriff in die Selbstverwaltung. Helfen kann allein ein allgemeiner Maßnahmenrat.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberörterung wird der Staat des Reichstags ohne Aussprache bewilligt.

Beim Staat des Reichskanzlers fordert

Abg. Basawski (Pole): Verlautbarkeit der Wünsche des polnischen Volkes bei der Neugestaltung Polens. Die Aussöhnung des Sprachenparagraphen nützt nichts, so lange der Belagerungszustand die öffentlichen Versammlungen verhindert.

Beim Staat des Auswärtigen Amtes wird der Friedensvertrag mit Rumänien mitverhandelt.

Abg. Fr. v. Richthofen (natl.): erstatte den Bericht des Ausschusses und empfiehlt unverbindliche Annahme der Verträge.

Abg. Graf Bräschma (Btr.): Die Abrechnung mit den Kriegsgegnern können wir jetzt Rumänien selbst überlassen, für uns muss die Wahrung des eigenen Interesses maßgebend sein. Wir brauchen Rumänien als Zwischenstation nach dem Orient. Es muss unter deutschem wirtschaftlichen und politischen Einfluss bleiben und ein guter Abnehmer unserer Produkte werden. Auch in Rumänien muss die Ernährung rationiert werden. Wir dürfen nicht Not leiden, während die Rumänen in Fülle und Fülle haben. Die Verträge sind annehmbar, sie berücksichtigen die beiderseitigen Interessen.

Abg. Thom a (natl.): Die schamlose Behandlung deutscher Kriegsgefangener wird Rumänien für alle Seiten zur Schande gereichen.

Abg. Dr. Rössler (cons.): Wir müssen Sühne verlangen für die Greuelstaten, um auch auf die übrigen feindlichen Staaten abschreckend zu wirken. Die Verträge stellen auch keine verstärkte Kriegsentshärtigung dar, im Gegenteil, Rumänien werden große wirtschaftliche Vorteile eingeräumt.

Oberst von Frauseck: Die Versorgung der deutschen Kriegsgefangenen war infolge des schleunigen Rückzuges der rumänischen Armee sehr schwer. Jetzt wird die Zahl der dort gestorbenen Deutschen festgestellt; so hoch, wie man annimmt, ist sie nicht.

Ministerialdirektor Dr. Krieger: Beiße Fortsetzung, Sühne und Entschädigung werden erreicht. Die Entschädigung steht bevor. Bezüglich der Sühne hat die rumänische Regierung bereits Schritte unternommen, als wir vorstellten würden. Wie gegen Rumänien werden wir gegebenenfalls auch gegen andere feindliche Länder vorgehen, event. gegen Frankreich. (Beifall.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Sicheres Geleit für Take Jonescu!

Der „Rö. Stg.“ wird geschrieben:

Herr Take Jonescu reist mit einer Anzahl seiner Freunde unter dem Schutz des Deutschen Reiches in die Schweiz! Das klingt, als ob wir ja auch nichts Dringlicheres zu tun hätten, als Herrn Take Jonescu und seinen gleichgesinnten Freunden Gelegenheit zu geben, ihre gemeinsame heimatliche Tätigkeit in behaglicher Sicherheit fortzuführen. Über glaubt man etwa, daß er, durch die deutsche Ritterlichkeit umgewandelt, als bekehrter Sünder der Neue leben werde? Ist etwas Aehnliches in Frankreich, England oder Amerika denkbar? Den dunkelsten unter den vielen Ehrenmännern Rumäniens, den gewissenlosen Feuer, der sein Land zu schändlichem Treubruch gebracht hat, der den Weltkrieg verlängert, Tausenden braver deutscher Soldaten Qualen, Tod und Wunden bereitet hat — diesen Menschen lassen wir nicht etwa entfliehen, wir helfen dabei, ihm der gerechten Bestrafung durch seine Landsleute zu entziehen und verschaffen ihm die Möglichkeit, uns weiter durch alle Mittel der Verleumdung und der Intrige zu schaden. Ohne Murren erträgt das deutsche Volk alle Notwendigkeiten, welche der Krieg auferlegt, mit heldenhafter Ausdauer, unzählige Deutsche sahen die Freiheit ihres Heiszes im Auslande erbarmungslos zerstört, mußten alles Elend der Gefangenschaft und rohster Misshandlung ertragen, und Herr Take Jonescu erhält sicheres Geleit durch das besetzte Gebiet. Dass der Herr Jonescu zur Stärkung des Vertrauens in unsere Politik beiträgt, werden die verantwortlichen Stellen kaum erwarten dürfen. Um so größer wird allerdings die Genugtuung im Verbundslager und bei den ehrenwerten Freunden Jonescus sein, welche von einem Prozeß gegen die rumänischen Kriegsverbrecher die Enthüllung allerlei unsauberer Dinge zu erwarten hatten.

In der Schweiz angelkommen.

Wie der schweizerische Presstelegraph mitteilt, kam am Dienstag vormittag über Wien ein Extrazug mit 300 Flüchtlingen in der Schweiz an. Unter diesen befanden sich zahlreiche Mitglieder der liberalen Partei Rumäniens und der alten Regierung, u. a. Bratișanu, Take Jonescu, sowie der frühere französische Gesandte in Bukarest. Ein Teil der Flüchtlinge will sich nach Frankreich, ein anderer nach Italien begeben, während der größte Teil bestrebt ist, Aufenthalt in Lugano zu nehmen.

Die Riesen Schlacht im Westen.

Der gefürchtete Abendbericht der Heeresleitung lautet:

Deutsche Teilstücke nördlich der Aisne.

Die Feinde erwarten Hindenburgs Schlag!

In einem Überblick über die militärische Lage sagen die „Times“: Die gegenwärtige Gruppierung der deutschen Armee würde den Deutschen erlauben, an jedem Punkte der Front von Reims bis zum Kanal einzutreten, möglicherweise auch an einem anderen Punkt. Alle Schwerpunkte sind sich einig, daß der Schlag bald erfolgen wird. Die Alliierten haben das völlige Vertrauen, daß sie ihm widerstehen können, wo immer er fällt. In der Zwischenzeit werden sie ihr bestes tun, es den Deutschen so unbehaglich wie möglich zu machen.

Das „St. Gallener Tageblatt“ berichtet: Die Erfassung von Gründungsvorhaben auf beiden Seiten im Westen, ferner die große Lustigkeitsfeier, sowie die neuwährenden wieder eingehende Berndeschiebung wichtiger Bahnnotenpunkte hinter der französischen Front sind deutliche Vorzeichen neuer, unmittelbar bevorstehender Aktionen, die entscheidende Ereignisse anstreben.

Neuer Kontakt der Franzosen.

Reuters Berichterstatter bei der französischen Armee meldet, daß die Franzosen bei ihren letzten Angriffen bei Villers-Cotterets einen neuen Tank verwendeten, dessen Umfang nicht den vierten Teil der schweren Tanks betrifft. Die Besatzung besteht nur aus drei Mann. Der kleine Tank kann viel leichter die Hindernisse überwinden und retten, außerdem bietet er der feindlichen Artillerie ein viel kleineres Ziel.

Die Amerikaner in Frankreich.

Ein Correspondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courant“, der die amerikanischen Truppenlager in Frankreich besuchte, hatte auch eine Unterredung mit dem Marschall Joffre. Dieser lobte die Amerikaner als ausgezeichnete Soldaten. Er erkannte an, daß es noch Schwierigkeiten hinsichtlich der Befehlsführung und der Artillerie gäbe. Über diese Schwierigkeiten verminderten sich fortwährend. Joffre sagte: „Die Amerikaner werden die Freiheit der Welt wiederherstellen.“ Als der Correspondent fragte: „Wird das im nächsten Jahre geschehen?“ lächelte Joffre, aber antwortete dann ernsthaft: „Es wäre unmöglich, jene Frage mit mathematischer Gewissheit zu beantworten, und zwar in Hinsicht auf Asagland.“

Bonar Law kommt bis zum Endtag!

Bei der Eröffnung der interalliierten parlamentarischen Wirtschaftskonferenz in London hielt Minister Bonar Law eine Willkommensrede an die Vertreter, in der er nach der Erwähnung des untergegangenen Hospitalschiffes „Olanda“ sagte: „Ich bin sicher, daß die Vertreter mit der festen Überzeugung nach Hause zurückkehren werden, daß das englische Volk niemals entschlossen war, als heute, den Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen, und daß schließlich die wirtschaftlichen Kräfte, zu deren Bewahrung ich die Vertreter versammelt habe, nicht weniger stark sind als die militärischen.“

Kopfspreize für deutsche Gefangene.

Aus einer Unzahl täglich von den Deutschen erbeuteter Befehle geht hervor, daß die Franzosen immer noch an der so oft gebrandmarkten Gewohnheit festhalten, Kopfspreize für die Gefangennahme von Deutschen auszuüben. So enthält ein von General Humbert unterzeichnetes Ultimatum vom 15. April 1918 einen genauen Tarif dieser Belohnungen, der 75—100 Francs für einen Unteroffizier und einfachen Soldaten, 150—200 Francs für einen Offizier verspricht. Auch sind bestimmte Sätze und entsprechende Preiserhöhungen für das Einbringen mehrerer Gefangener vorzusehen.

Wieder einmal Friedensgerüchte?

In der Schweiz kursieren wieder unkontrollierbare Friedensgerüchte, die ganz unglaublich erscheinen; des Interesses halber geben wir die Wiederaufnahme nachstehend wieder: Die „Basler Nationalzeitung“ bringt das Gericht, daß deutsche und englische Fürstlichkeiten in der Schweiz eingetroffen seien, um in der Friedensfrage Führung zu nehmen. Die Fürstlichkeiten hätten mit keinem Gefolge Basel besucht. Was an dem Gericht wahr ist, wisse man nicht. — In Paris geht das Gericht um, König Alfons befindet sich in der französischen Hauptstadt, um die Friedensbedingungen zu besprechen; deshalb habe die Bevölkerung durch die weittragenden Geschüze ausgesetzt. Auch ernste Blätter, wie das „Journal“, nehmen von dem Gericht Kenntnis.

Schweizer Munitionslieferungen für den Verband?

Die Zeitung „Genevois“ in Genf erläutert aus guter Quelle, daß plötzlich ein Delegierter der amerikanischen Regierung in der Schweiz angelkommen ist, um die Frage zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Schweiz Amerika Munition und Kriegsmaterial zu liefern imstande sei. Die Lieferungen würden nach Frankreich erfolgen, von wo das vollen Material zum Rücktransport von Lebensmitteln für die Schweiz verwendet würde. Die „Rö. Stg.“ meint: falls diese Weisung richtig ist, müßte Deutschland selbstverständlich gegen derartige Übereinkommen nachdrücklich Vorstellungen erheben.

Die Offensive gegen Italien.

Österreichisch-ungarischer Heeresbericht vom 3. Juli.

Amtlich wird verlautbart:

Gestern am frühen Morgen sah an der ganzen Piavefront von Susigana abwärts heftiges italienisches Geschützfeuer ein, das sich südlich von San Donà in mehreren Abschnitten bis zum Trommelfeuer steigerte. Einige Stunden später ging im Piavemündungsgebiet die feindliche Infanterie zum Angriff über. In erbittertem, den ganzen Tag über währendem Kampf vermochte der Gegner, abgesehen von kleinem Raumgewinn bei Chiessanuova, nirgends einen Erfolg zu erringen. Auch sein Versuch am Südbügel bei Redolfi unter dem Schutz feindlicher Geschützlinie Infanterie an Band zu werfen, scheiterte in unserem Feuer.

Ein italienischer Übergangsversuch bei Benson wurde vereitelt. An der Venetianischen Gebirgsfront war die Kampftätigkeit gleichfalls außerordentlich rege. Westlich des Ussolone wurde ein starker Angriff durch das berühmte niederösterreichische Infanterieregiment Nr. 49 im Gegenstoß aufgefangen. Auch nördlich des Col de Rossa und bei Ustico wiesen wie Infanteriestöcke ab. An der Tiroler Westfront mäßiger Artilleriekampf.

Emporende Machenschaften in Österreich-Ungarn.
Aus Wien wird vom Mittwoch gemeldet: Heute vormittag erschienen einige Abgeordnete beim Ministerpräsidenten Dr. von Seidler, um ihn auf die seit einigen Tagen in Umlauf befindlichen Gerüchte aufmerksam zu machen, welche in einer die Gefühle der patriotischen Bevölkerung tiefverlegenden Weise mit den Personen des Kaisers und der Kaiserin sich beschäftigen, und stellten an den Ministerrat die Frage, was seitens der Regierung getan worden sei, um diesen empörenden Machenschaften wirksam zu begegnen. Ministerpräsident von Seidler erklärte, daß ihm die Gerüchte wohl bekannt seien. Bezüglich der Quelle dieser unerhörter systematisch betriebenen Verhetzung könne ein Zweifel nicht bestehen; sie gehöre ins Arsenal unserer Gegner, die kein Mittel scheuen, um das Gefühl der Monarchie zu erschüttern. Es werde ohne Unsehen der Person rücksichtslos vorgegangen werden. An die Abgeordneten wende sich die Regierung mit der dringendsten Bitte, in dem gleichen patriotischen Sinne wirken zu wollen. Die Abgeordneten nahmen diese Mitteilung des Ministerpräsidenten mit Beifriedigung zur Kenntnis und sicherten ihm ihre und ihrer Parteien patriotische Mitarbeit zu.

Zu diesen Machenschaften gehört auch ein in den „Leipz. N. Nachricht.“ und anderen sächsischen Blättern soeben erschienener Artikel über die „Unterrohrpolitik am Wiener Hofe.“

Ein Seegefecht in der Adria.

Amtlich wird aus Wien gemeldet: In den Morgenstunden des 2. Juli stieß eine kleine Abteilung unserer Torpedoeinheiten in der Nordadria auf starke überlegene feindliche Torpedostreitkräfte. Es entwinkelte sich ein lebhaftes Feuergefecht auf kurze Distanz, wobei es unseren Einheiten gelang, einen großen feindlichen Torpedörer in Brand zu setzen und einen zweiten schwer zu beschädigen. Der Feind brach das Gefecht ab und zog sich mit überlegener Geschwindigkeit gegen seine Basis zurück. Unsere Einheiten erlitten nur ganz belanglose Schäden und außer einigen Leichtverletzten keine Verluste.

Der Kühlmann-Prozeß.

Ein alldeutliches Blatt auf der Anklagebank.

Vor der 7. Strafkammer des Berliner Landgerichts I steht ein politischer Beleidigungsprozeß an, dessen gerichtlicher Erörterung man im ganzen Reiche mit Spannung entgegenseht.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Kühlmann, hat Strafantrag wegen Beleidigung gestellt gegen den Redakteur der „Alldeutschen Blätter“ Dr. Dumcke, sowie gegen den Redakteur der „Deutschen Zeitung“, Dr. Oohan.

Die Ursache des Prozesses liegt in dem Gegensatz, den die hinter der „Deutschen Zeitung“ und den „Alldeutschen Blättern“ liegenden Kreise gegen den Staatssekretär wegen dessen Haltung in der Friedensfrage eingenommen haben. Der politische Gegner spießt sich im Laufe der Zeit zu persönlichen Angriffen gegen den Staatssekretär Dr. von Kühlmann zu, die in dem Artikel der „Deutschen Zeitung“ vom 23. April d. J. betitelt „Alldeutsche Sittenrichter“, gipfelten. Der zeitliche Verlauf der gegenseitigen Klägerverhandlungen war folgender:

Auf einer Vorstandssitzung des Alldeutschen Verbandes erklärte dessen Vorsitzender, Justizrat Clas: „Noch heute haben wir in wichtigen Kreisen Persönlichkeiten, die diese Eigenschaften (sittliche Eignung und Verantwortlichkeitsgefühl) nicht besitzen.“ Auf eine Anspitzung durch das „Berliner Tageblatt“, auf wen diese Ausführungen gernzt seien, antwortete die „Deutsche Zeitung“, indem sie zugleich in Erwiderung auf einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ ausführte: „Darauf haben wir von unserer Seite zu bemerken, daß uns von Verdächtigungen nichts bekannt ist, wohl aber von Tatsachen, die bezeugt sind, also jeden Augenblick bewiesen werden können. . . . Jedenfalls ist es sehr auffällig, daß der Staatssekretär bisher nur an einer Halbseitündung leidet, daß die Abgeordneten der Partei, die ein sauberes öffentliches Leben als die Grundlage völkischen Gedankens ansehen, alle Veranlassung haben, die Vorgesetzten des Herrn von Kühlmann entsprechend aufzuläufen. Wir legen Gewichte darauf, auszusprechen, daß Herr von Kühlmann in diesem Falle überhaupt nicht als politischer Gegner in Betracht kommt, sondern als Persönlichkeit, die die erste Pflicht verlegt hat, die einem Vertreter seines Vaterlandes zu kommen; die Ehre des deutschen Namens zu wahren, deutlicher gesprochen, den deutschen Namen durch sein Verhalten im Ausland nicht zu entehren.“

Auf die hierauf erschienenen tabelindens Preßhäuserungen in verschiedenen Blättern folgte in der „Deutschen Zeitung“ ein zweiter Artikel, der die Unschuldigungen gegen Herrn von Kühlmann noch ergänzte, auf angebliches „Schauspielen“ des Staatssekretärs während seines Aufenthaltes in Bukarest anspielte und daraus den Schluss zog, daß Herr von Kühlmann sich durch dieses Verhalten als untauglich zum Amt des Staatssekretärs erwiesen habe. Wegen dieser Aussicht erfolgte der Strafantrag. Die Anspielungen der „Deutschen Zeitung“ beziehen sich auf Vorfälle in Bukarest, wo der Staatssekretär u. a. Besucher eines dortigen Varietés gewesen sein soll. Nächere Einzelheiten soll die Verhandlung erbringen.

Die Angeklagten wollen den Beweis der Wahrheit für ihre Behauptungen antreten und haben durch ihren Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwint, eine große Anzahl von Entlastungszeugen laden lassen, darunter befinden sich: Justizrat Clas (Mainz), Gesandter von Rosengarten, Major von Rehler, Regierungsrat Dr. von Hoelsch, Wtr. Geh. Rat Krieger, Kommerzienrat Dr. Friedrichs (Botsdam), Generaldirektor Stollberg, der Direktor der Deutschen Bank Strauß, Regierungsrat Dr. Freiherr von Gelsdorf, Direktor Dr. Solingen.

Die Angeklagten wollen den Beweis der Wahrheit für ihre Behauptungen antreten und haben durch ihren Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwint, eine große Anzahl von Entlastungszeugen laden lassen, darunter befinden sich: Justizrat Clas (Mainz), Gesandter von Rosengarten, Major von Rehler, Regierungsrat Dr. von Hoelsch, Wtr. Geh. Rat Krieger, Kommerzienrat Dr. Friedrichs (Botsdam), Generaldirektor Stollberg, der Direktor der Deutschen Bank Strauß, Regierungsrat Dr. Freiherr von Gelsdorf, Direktor Dr. Solingen.